

## Debatte

Mandy Tröger / Hendrik Theine

# Zum Einfluss der Trump-Regierung auf Medien und Medienregulierung in Europa

**Abstract:** Die zweite Amtszeit von Donald Trump führt zu tiefgreifenden Veränderungen in der Medienlandschaft, der Regulierung digitaler Plattformen und der politischen Einflussnahme von Technologiekonzernen – auch in Europa. Besonders die enge Verbindung zwischen der Trump-Regierung und Akteuren wie Elon Musk verstärkt die Oligarchisierung der us-Politik. Eine Folge ist die gezielte Nutzung digitaler Plattformen zur politischen Einflussnahme. Gleichzeitig könnte sich die us-Technologie- und Medienpolitik gegen europäische Regulierungsmaßnahmen richten. Diese Entwicklungen verdeutlichen die Notwendigkeit der Stärkung unabhängiger Forschung und eines investigativen Journalismus. Dieser Beitrag analysiert die globalen Auswirkungen der Machtverschiebungen in den USA und mögliche Gegenmaßnahmen.

**Keywords:** Trump-Regierung, Medien, Medienregulierung, Technologiekonzerne, Europa

Am 20. Januar 2025 übernahm Donald Trump erneut das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Vor vier Jahren führte seine Rhetorik noch zu einem gewaltsamen Angriff auf das Kapitol, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen. Nun steht Trump zum zweiten Mal in der Regierungsverantwortung, und die internationale Gemeinschaft verfolgt aufmerksam die Entwicklungen in den USA. Denn die politische Dynamik in den Vereinigten Staaten hat weitreichende Konsequenzen auf Regierungen und Gesellschaften weltweit.

Auch in der Medienlandschaft zeigt sich dieser Einfluss. Unabhängig von der Frage, in welchem Umfang journalistische Inhalte in Europa direkt durch die us-Regierung finanziell unterstützt werden (vgl. PHILIPPIN/CANDEA 2024), spielen Informationen aus dem Umfeld Trumps eine zentrale Rolle in der medialen

Berichterstattung. Journalistinnen und Journalisten in Deutschland, Österreich und Europa greifen auf diese Inhalte zurück, unter anderem über die Plattform X, deren Eigentümer Elon Musk die Reichweite von über 200 Millionen Nutzerinnen und Nutzern gezielt für den US-Wahlkampf einsetzte (vgl. TRÖGER 2024). Unter Trump ist Musk nun Chef der neu geschaffenen Abteilung für Regierungseffizienz (Department of Government Efficiency, DOGE) des Weißen Hauses. In dieser Position verschaffte sich Musk vor kurzem Zugang zum Zahlungssystem des US-Finanzministeriums und damit zu sensiblen persönlichen Daten von Millionen Amerikanern und Amerikanerinnen, die Sozialversicherungszahlungen, Steuerrückzahlungen und andere Gelder von der Regierung erhalten (vgl. STEIN 2025). Dieses Vorgehen verstärkt die Bedenken hinsichtlich der Einflussnahme großer Technologiekonzerne und deren Eigentümer und Eigentümerinnen auf Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen in den Vereinigten Staaten und Europa.

Einerseits haben marktbeherrschende Unternehmen wie Meta (Facebook) und Alphabet (Google) ihren Hauptsitz in den USA, dominieren aber gleichzeitig die digitalen Märkte in Europa und konkurrieren hier miteinander. In Deutschland investieren sie in große Verlagshäuser (vgl. DACHWITZ/FANTA 2020) sowie in journalistische Initiativen wie die »Neuen Deutschen Medienmacher« oder wissenschaftliche Einrichtungen, beispielsweise an der Technischen Universität München (KAHN 2019). Andererseits setzen sich diese Konzerne auf politischer Ebene gemeinsam gegen eine stärkere Regulierung der Technologie- und Digitalwirtschaft sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ein (SEVIGNANI/THEINE/TRÖGER 2025). Mit Elon Musk als Repräsentant der Technologiebranche innerhalb der Trump-Regierung ist anzunehmen, dass die Interessen dieser Unternehmen in der US-Politik noch stärker vertreten werden.

Parallel dazu setzt Donald Trump seine aggressive Rhetorik gegenüber kritischen Medienschaffenden fort. Journalistinnen und Journalisten, die seine Politik hinterfragen, bezeichnet er wiederholt als »Feinde des Volkes« (zit. in SAMUELS 2019). Laut der britischen Tageszeitung *The Guardian* äußerte Kash Patel, damals noch Kandidat, mittlerweile amtierender FBI-Direktor, explizit die Absicht, gezielt gegen Medienschaffende vorzugehen (VINER 2024). Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, inwiefern Trumps erneute Präsidentschaft Auswirkungen auf die journalistische Arbeit sowie die Regulierung der Medien und Kommunikation in Deutschland und Europa haben könnte. Im Folgenden besprechen wir drei miteinander zusammenhängende Aspekte, die verdeutlichen, dass Trumps erneute Präsidentschaft weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus wirkt. Sie beeinflusst nicht nur politische Strukturen und mediale Diskurse, sondern wirft grundlegende Fragen zur Zukunft der globalen Informationsordnung auf.

## Ein zunehmender Druck auf Medien – auch in Europa

Bereits während seiner ersten Amtszeit übte Donald Trump erhebliche Kritik an den etablierten US-amerikanischen Medien. Er deklarierte deren Berichterstattung als unwahr und untergrub damit gezielt die Glaubwürdigkeit journalistischer Arbeit (MEEKS 2020; DOWNIE/SUGARS 2020: 10ff.). Zur Verbreitung seiner politischen Agenda nutzte Trump vorrangig die Plattform Twitter, die ihn letztlich aufgrund von Verstößen gegen ihre Richtlinien, insbesondere im Zusammenhang mit Hassrede und Gewaltaufrufen, im Januar 2021 sperrte (CONGESS/ISAAC 2021). Trumps Kommunikation intensivierte die gesellschaftlichen Debatten über Faktizität, Wahrheit und Konsens – beispielsweise in Bezug auf Themen wie die COVID-19-Pandemie, den Klimawandel und strafrechtliche Vorwürfe gegen ihn (SOMMER 2021). Zwar gab es ähnliche Debatten auch zuvor (HONIG 2018), mittlerweile haben sie sich allerdings zu hoch polarisierten medialen Auseinandersetzungen entwickelt, auch in Europa. Ein Report des Committee to Protect Journalists (CPJ) aus dem Jahr 2020 zeigt zudem, wie die damalige Trump-Regierung strafrechtliche Maßnahmen gegen journalistische Nachrichtenquellen forcierte, Einfluss auf US-amerikanische Medienunternehmen nahm und die Einreise von Journalistinnen und Journalisten in die Vereinigten Staaten erschwerte (DOWNIE/SUGARS 2020).

Diese Entwicklungen ereigneten sich während Trumps erster Amtszeit, in der seine Regierung in vielerlei Hinsicht unvorbereitet agierte und interne Widerstände gegen einige der Vorhaben Trumps existierten. In seiner zweiten Amtszeit sind diese Bedingungen grundlegend anders. Das sogenannte »Project 2025« (DANS/GROVES 2023), entwickelt von etwa 400 konservativen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter der Federführung der konservativen Heritage Foundation, formuliert auf rund 900 Seiten politische Prioritäten und strategische Ziele für die zweite Präsidentschaft Trumps. Obwohl sich Trump öffentlich von dem Dokument distanziert hat, sind viele der Mitwirkenden in einflussreichen Kreisen der Republikanischen Partei vernetzt und übernehmen wohl zentrale Positionen in der neuen Regierung. Schon die erste Trump-Administration stützte sich stark auf die politischen Leitlinien der Heritage Foundation und griff in nur einem Jahr Amtszeit fast zwei Drittel ihrer Vorschläge auf (vgl. TRUMP ADMINISTRATION EMBRACES 2018).

Das »Project 2025« enthält Vorschläge für die Außen- und Innenpolitik sowie für die Bildungs-, Wirtschafts- und Medienpolitik. In Bezug auf die Medienlandschaft fordert das Konzept eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) in den USA.<sup>1)</sup> Konkret wirft es dem Public Broadcasting

1 In den Vereinigten Staaten hat sich ein überwiegend kommerzielles Rundfunksystem etabliert. NPR (National Public Radio) und PBS (Public Broadcasting Service) ähneln am ehesten den europäischen Modellen des

Service (PBS) und dem National Public Radio (NPR) eine politische Vereinigenommenheit vor. Die Sender würden konservative Positionen benachteiligen und damit nicht zur öffentlichen Bildung beitragen. Deshalb schlägt »Project 2025« vor, ihre staatliche Finanzierung einzustellen, ihnen den Status als nicht-kommerzielle Bildungssender zu entziehen und hohe Lizenzgebühren einzuführen (vgl. MÜNSTER 2024).

Nur zwei Wochen nach seinem Amtsantritt leitete Brendan Carr eine Untersuchung gegen PBS, NPR und deren Mitgliedssender ein. Carr war zuvor von Präsident Trump zum Vorsitzenden der Federal Communications Commission (FCC) ernannt worden. Seine Begründung für die Untersuchung: Die nicht-kommerziellen Sender könnten gegen nationales Recht verstoßen, da sie teilweise auf Einnahmen aus kommerzieller Werbung angewiesen sind (SWERDLOW 2025). Sollte die Untersuchung zu Sanktionen oder neuen Regulierungen führen, könnte dies erhebliche Auswirkungen auf die Medienlandschaft in den USA haben.

Darüber hinaus schlägt »Project 2025« eine generelle Neubewertung des Verhältnisses zwischen Regierung und Presse vor. So soll beispielsweise überprüft werden, inwiefern Journalistinnen und Journalisten weiterhin Zugang zu den Räumlichkeiten des Weißen Hauses erhalten. Zudem beinhaltet das Konzept Vorschläge zur leichteren Überwachung journalistischer Tätigkeiten, etwa durch die verstärkte Beschlagnahme von E-Mail- und Telefonaufzeichnungen (vgl. MÜNSTER 2024). Laut Kelly McBride, Senior Vice President des Poynter Instituts für Journalismus, stellen diese Maßnahmen eine ernstzunehmende Bedrohung dar, insbesondere in Hinblick auf den Schutz journalistischer Quellen (JONES 2024). Eine Schwächung dieses Schutzes wäre ein entscheidender Angriff auf die Pressefreiheit in den USA.

Diese Entwicklungen werden sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die Medienlandschaften in Europa haben. Einerseits werden Journalistinnen und Journalisten aus diesen Ländern voraussichtlich von den verschärften Zugangsbeschränkungen im Weißen Haus betroffen sein. Dies würde die Berichterstattung über politische Entscheidungsprozesse in den USA erschweren. Andererseits könnte die Debatte über die Finanzierung und politische Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den USA als Referenzpunkt für ähnliche Diskussionen in Europa dienen – beispielsweise in Deutschland. Hier fordern rechte und rechtsextreme Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) bereits seit längerem nicht nur eine Reform, sondern die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dazu gehören die Streichung der Rundfunkbeiträge und die Auflösung der Rundfunkräte

ÖRR. Sie werden vor allem aus Spenden und Steuern finanziert und spielen in der Meinungsbildung in den USA nur eine marginale Rolle (GRASSMUCK 2020: 10).

(AfD-Programm 2021: 164ff.). Auch die rechtspopulistischen Medienplattformen *Exxpress* und *Nuis* werden diskursiv gestärkt und können so ihre oft völlig faktenbefreite Kritik an öffentlich-rechtlichen Medien wiederholen (GÜRGEN 2023; GUTSCHI 2024). Die Entwicklungen in den USA könnten diese Argumentationslinien stärken und politische Dynamiken erzeugen, die langfristige Folgen für die Medienlandschaften in Europa haben.

## Die Regulierung digitaler Konzerne auf europäischer Ebene unter der zweiten Trump-Regierung

Während seiner ersten Amtszeit hatte Donald Trump eine ambivalente Haltung gegenüber großen Konzernen. Seine Regierung kritisierte wiederholt Big-Tech-Unternehmen und andere Konglomerate – allerdings vor allem dann, wenn es politisch opportun war. Beispiele dafür sind der Versuch, die Fusion zwischen dem Telekommunikationskonzern AT&T und Time Warner zu blockieren (AGATHOKLIS MURINO/MCCORMACK/DRUMMONDS/HSU 2021), die Forderung nach höheren Versandkosten für Amazon bei der US-Post (JOPSON/WATERS 2018) sowie erste Diskussionen über ein mögliches Verbot der Videoplattform TikTok (CHANDER 2023). Trotz dieser Debatten blieben substanzielle ordnungspolitische Maßnahmen aus. Der Medienwissenschaftler Philip Napoli (2021) meint daher, dass die Technologiepolitik während Trumps erster Amtszeit vornehmlich symbolischen Charakter hatte und keine tiefgreifenden strukturellen Veränderungen nach sich zog.

Seitdem hat sich Trumps Haltung zu den großen Technologieunternehmen grundlegend gewandelt. Mittlerweile ist er eng mit Akteuren der Technologiebranche vernetzt, was sich insbesondere in der Finanzierung seiner Wahlkampagne widerspiegelt. Trump erhielt insgesamt 273,2 Millionen US-Dollar an Spenden aus der Technologiebranche, darunter erhebliche Zuwendungen von Elon Musk (242,6 Millionen US-Dollar), Marc Andreessen (5,5 Millionen US-Dollar) und Jan Koum (5,1 Millionen US-Dollar) (vgl. HERNANDEZ/ARATANI/CRAFT 2024). Diese engen Verbindungen zwischen der zweiten Trump-Regierung und führenden Technologieunternehmen wird sich auch auf die künftige Technologie- und Medienpolitik auswirken. Bereits im Wahlkampf kündigte Elon Musk – der mit Abstand größte individuelle Spender für Trumps Kampagne – über seine Plattform x an, dass die Vorsitzende der US-Wettbewerbsbehörde (FTC), Lina Khan, unmittelbar nach einem Wahlsieg Trumps entlassen werde (BANK/DUFFY 2024). Zudem erklärte Andrew Ferguson, der von Trump neu eingesetzte FTC-Vorsitzende, dass er nur eine minimale oder gar keine Regulierung von Digitalkonzernen und Künstlicher Intelligenz anstrebe (GODOY 2024).

Gleichzeitig bleibt die Zukunft der Videoplattform TikTok in den USA höchst umstritten. Während seiner ersten Amtszeit versuchte Trump, die Plattform mit Verweis auf nationale Sicherheitsbedenken zu verbieten. Unter der Biden-Regierung wurde schließlich ein entsprechendes Verbot beschlossen, woraufhin TikTok am 18. und 19. Januar 2025 offline ging. Trumps Zusicherungen, die Umsetzung des Verbots hinauszuzögern, führte zwar dazu, dass die Plattform mittlerweile wieder online ist. Gleichzeitig ist deren Zukunft unklar. Die aktuelle Gesetzgebung zielt darauf ab, TikTok von seiner chinesischen Muttergesellschaft ByteDance abzuspalten (MAHESHWARI 2025). Trump selbst erklärte allerdings erst kürzlich, dass er ein Verbot nicht weiterverfolgen werde, wohl auch weil die Plattform bei republikanischen Influencer:innen sehr beliebt ist (HUYNH 2024). Eine aktuelle Studie zeigt außerdem, dass TikToks Empfehlungsalgorithmus, mit über 170 Millionen Nutzern und Nutzerinnen in den USA, zu republikanischen Inhalten tendiert (IBRAHIM/JANG/ALDAHOUL/KAUFMAN/RAHWAN/ZAKI 2025).

Auf europäischer Ebene wird die zweite Trump-Regierung voraussichtlich die Regulierung digitaler Konzerne erheblich erschweren oder bestehende Regulierungen infrage stellen. Bereits unter der Biden-Regierung drohten die USA Ländern wie Österreich, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich mit Strafzöllen, nachdem diese Digitalsteuern eingeführt hatten, die vornehmlich US-amerikanische Großkonzerne betrafen (siehe USA drohen Österreich 2021). Der im Februar 2024 in Kraft getretene Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union sowie der Digital Markets Act (DMA) und der AI Act werden erhebliche Auswirkungen auf US-amerikanische Plattformunternehmen und Suchmaschinenbetreiber haben. Der DSA sieht insbesondere für sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen verschärfte Regulierungen vor (vgl. DSA 2025).

Angesichts der erheblichen Lobbymacht US-amerikanischer Technologieunternehmen in der Europäischen Union (vgl. *Lobbymacht der Digitalkonzerne* 2023) besteht die Möglichkeit, dass diese ihre engen Verbindungen zur US-Regierung nutzen werden, um europäische Regulierungen abzuschwächen oder zu unterlaufen. Solch eine zunehmende Deregulierung oder Abschwächung regulatorischer Maßnahmen birgt erhebliche Risiken für die Kontrolle über zentrale digitale Infrastrukturen. Dies könnte die Fähigkeit der Europäischen Union weiter einschränken, öffentliche Interessen gegenüber mächtigen transnationalen Akteuren durchzusetzen. Sollte die Regulierung dieser Konzerne auf internationaler Ebene weiter ausgehöhlt werden, würde sich die wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht US-amerikanischer Digitalunternehmen weiter verstärken, was langfristig die Souveränität demokratischer Institutionen im digitalen Raum gefährdet (SEVIGNANI/THEINE/TRÖGER 2025).

## Die zunehmende Oligarchisierung der US-Politik und ihre Auswirkungen auf Europa

Die bereits diskutierten Auswirkungen einer zweiten Trump-Regierung auf Medien und Kommunikation in Europa gehen mit einer zunehmenden Oligarchisierung der us-amerikanischen Politik einher. Zwar hatten wohlhabende Einzelpersonen und »Überreiche« (SCHÜRZ 2019) bereits in der Vergangenheit erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse – sowohl in den USA als auch weltweit. Doch unter einer erneuten Präsidentschaft Trumps zeichnet sich eine noch stärkere Konzentration politischer Macht in den Händen weniger extrem vermögender Akteure ab, die in direkter Verbindung mit Trump stehen.

Die Soziologin Brooke Harrington (2024) bezeichnet diese Gruppe als »Broli-garchs« – eine Anspielung auf Oligarchen und das englische Wort »bro« (Bruder/Kumpel). Sie beschreibt damit us-Milliardäre, die sich gegen Steuern, Regulierung und demokratische Mitbestimmung wehren (HARRINGTON 2024). In der Trump-Regierung übernehmen diese Akteure de facto regierungsähnliche Funktionen – ohne jedoch offiziell gewählt oder für ein Amt nominiert worden zu sein.

Ein Beispiel für diese Entwicklung zeigte sich bereits im November 2024, als bekannt wurde, dass Elon Musk, ein zentraler Akteur in Trumps Umfeld und nun Regierungsmitglied, sich mit dem UN-Botschafter Irans traf. Solche informellen, aber hochrangigen diplomatischen Aktivitäten deuten darauf hin, dass wirtschaftliche Interessen bestimmter Tech-Milliardäre zunehmend mit der offiziellen us-Außenpolitik verflochten werden. Dementsprechend bezeichnet *The Guardian* Musk als »Trump's shadow vice-president« (ROBINS-EARLY 2024) und verweist damit auf die intransparente Verfügungsgewalt des Tech-Milliardärs in der Regulierung transnationaler Kommunikation. In diesem Zusammenhang erscheint es beispielsweise nicht ausgeschlossen, dass die zukünftige us-Regierung ihre NATO-Politik in Abhängigkeit von regulatorischen Maßnahmen der EU gestalten könnte. So deutete der republikanische Politiker J. D. Vance bereits im Wahlkampf an, dass die weitere NATO-Beteiligung der USA möglicherweise davon abhängt, inwieweit die EU regulatorische Eingriffe in Musks Plattform X vornimmt (vgl. SCHWARZ 2024).

Diese zunehmende Oligarchisierung der us-Politik dürfte dazu führen, dass künftige Regulierungsbemühungen der EU nicht nur auf den Widerstand der Digitalkonzerne selbst stoßen, sondern auch Vergeltungsmaßnahmen der us-Regierung nach sich ziehen könnten. Ein Beispiel hierfür ist Meta: Mark Zuckerberg hatte in einem viel diskutierten Video angekündigt, dass Meta in den USA seine internen Faktencheck-Teams abschaffen werde (DAMPZ 2025). Falls Meta diese Maßnahme auch auf den europäischen Markt ausdehnt, würde dies den neuen regulatorischen Anforderungen im Rahmen des DSA widersprechen.

Angesichts der engen Verbindung zwischen Zuckerberg und Trump wäre es denkbar, dass die zweite Trump-Regierung androht, Strafzölle auf europäische Importe zu verhängen, sollte die EU Meta verpflichten, weiterhin Faktenchecks durchzuführen.

Darüber hinaus hat die Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Interessen nicht nur wirtschaftliche und regulatorische Implikationen, sondern auch direkte Auswirkungen auf den politischen Meinungsbildungsprozess in Europa. Insbesondere Elon Musk nutzt seine Plattform X als strategisches Instrument zur Mobilisierung nationaler und transnationaler rechter Akteure. Ende Dezember 2024 verfasste Musk einen Gastbeitrag in der deutschen *Welt am Sonntag*, in dem er explizit Wahlwerbung für die AfD betrieb. Dabei bezeichnete er die Partei als »den letzten Funken Hoffnung« und widersprach explizit ihrer Einstufung als rechtsextrem (DE RUITER 2024). Anfang Januar 2025 intensivierte Musk sein Engagement weiter, indem er die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel zu einem Live-Gespräch auf X einlud. Wenige Tage später teilte er zudem den Livestream des AfD-Parteitags auf der Plattform und verschaffte der Partei damit eine Reichweite in Millionenhöhe (vgl. *Musk verschafft AfD* 2025).

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die zunehmende Verflechtung zwischen ökonomischen und politischen Interessen in den USA nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr beeinflusst diese Entwicklung auch die politischen Diskurse und medialen Landschaften in Deutschland und Europa. Die direkte Einmischung wirtschaftlicher Akteure in politische Prozesse sowie die wachsende Instrumentalisierung digitaler Plattformen zur Einflussnahme auf demokratische Wahlen werden sich langfristig auf das Gleichgewicht demokratischer Strukturen sowohl in den USA als auch in Europa auswirken.

## Die zunehmende Bedeutung unabhängiger Medien und kritischer Forschung

Die Veröffentlichung von Elon Musks politischer Stellungnahme in der *Welt am Sonntag* stieß auf erhebliche Kritik verschiedener Organisationen, unter anderem des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Insbesondere wurde beanstandet, dass Musk durch dieses Interview die Möglichkeit erhielt, seine politische Agenda und die der AfD zu verbreiten. Gleichzeitig wiesen andere Medienschaffende darauf hin, dass nicht nur die *Welt am Sonntag*, sondern auch zahlreiche weitere deutsche und europäische Medien Musks Aussagen aufgriffen, sie verbreiteten und ihnen dadurch zusätzliche Aufmerksamkeit verschafften (SCHULTZ 2024). Diese Entwicklungen werfen grundsätzliche Fragen zur medialen Berichterstattung über die künftige US-Regierung und deren politische Strategie auf.

Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Oligarchisierung der us-amerikanischen Politik sowie einer damit einhergehenden Erosion demokratischer Errungenschaften ist es von zentraler Bedeutung, diese Prozesse kritisch zu analysieren, transparent darzustellen und einzuordnen. Dies gilt sowohl für die mediale Berichterstattung als auch für die Forschung. Denn der Einfluss mächtiger Wirtschaftsakteure auf politische Entscheidungen und öffentliche Diskurse erfordert eine konsequente journalistische und wissenschaftliche Aufarbeitung, die sowohl die Mechanismen dieser Einflussnahme als auch deren gesellschaftliche Implikationen beleuchtet.

Dazu gehört insbesondere eine differenzierte Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen politischer und ökonomischer Macht, Konzentration und Regulierung sowohl klassischer als auch sozialer Medien und digitaler Plattformen. Die zweite Trump-Regierung wird nicht mehr nur auf die Verbreitung von Desinformation als zentrales strategisches Instrument setzen. Vielmehr ist jetzt bereits ersichtlich, dass eine rigorose politische Entmachtung demokratischer Institutionen mit einer Kommunikationsstrategie legitimiert wird, in der politische, wirtschaftliche und mediale Interessen zusammenlaufen. Nicht ohne Grund waren die Chefs aller großen Digitalkonzerne bei Trumps Amtseinführung anwesend und haben im Vorfeld großzügig gespendet: sie erhoffen sich größere politische und ökonomische Macht. Das unterstreicht die Notwendigkeit unabhängiger Medien und wissenschaftlicher Institutionen, die diese Entwicklungen kritisch begleiten, faktenbasiert einordnen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Darüber hinaus müssen unabhängige Medien und Forschung strukturelle Reformvorschläge formulieren, welche Wege aus der Krise demokratischer Institutionen und der zunehmenden Oligarchisierung weisen (TRÖGER/VAN DER ECKER 2023: 269).

Angesichts dieser Herausforderungen kommt der journalistischen Berichterstattung und der wissenschaftlichen Forschung eine essenzielle Rolle zu. Die öffentliche Kontrolle sowie die wissenschaftliche Analyse politisch-ökonomischer Machtstrukturen sind fundamentale Bestandteile eines funktionierenden demokratischen Systems. Allerdings stoßen solche Analysen an Grenzen, wenn Forschende von Technologiekonzernen wie Meta finanziert oder ausgewählt werden und nur eingeschränkter Zugang zu ausgewählten Konzerndaten erhalten (RYAN-MOSLEY 2023). Dies führt zu einer Verzerrung oder Begrenzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Daher ist es von zentraler Bedeutung, unabhängige Forschung und investigativen Journalismus zu stärken – beispielsweise durch Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem. Nur auf diese Weise kann der politische Diskurs in Europa auf einer faktenbasierten Grundlage geführt werden. Dies ist entscheidend, um demokratische Prinzipien langfristig zu schützen, weiterzuentwickeln und zu institutionalisieren.

## Über die Autor:innen

**Hendrik Theine**, PhD (\*1988), ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) am Linz Institute for Transformative Change und am Institute for Comprehensive Analysis of the Economy, JKU Linz. Er ist außerdem postdoctoral fellow am Media, Inequality & Change Center (MIC) der Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit medialen Diskursen zu Klimakrise, Ungleichheit und Transformation sowie mit Konzentration und Macht im digitalen Kapitalismus.

**Mandy Tröger**, PhD (\*1980), ist Walter Benjamin-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Institut für Medienwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie hat am Institute of Communications Research der Universität Illinois (USA) studiert und wurde dort 2018 promoviert. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in Medien- und Kommunikationsgeschichte, politischer Ökonomie und internationaler Kommunikation. Seit 2024 ist sie Mitherausgeberin der *Journalistik / Journalism Research*.

## Literatur

- AGATHOKLIS MURINO, ANDREA; MCCORMACK, PETER M; DRUMMONDS, KATIE; HSU, EMILY (2021): Populist Instincts: A Trump Administration Antitrust Merger Retrospective. In: *Antitrust*, 35(3), S. 110-126.
- AFD-PROGRAMM (2021): *Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Alternative für Deutschland*. [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611\\_AfD\\_Programm\\_2021.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf) (11.1.2025).
- BANK, MAX; DUFFY, FELIX (2024): Trump 2.0: Wie Musk und die Techlobby des Silicon Valley durchregieren wollen. In: *LobbyControl*, 13.11.2024. <https://www.lobbycontrol.de/macht-der-digitalkonzerne/trump-2-0-wie-musk-und-die-techlobby-des-silicon-valley-durchregieren-wollen-118575/> (2.2.2025).
- CHANDER, ANUPAM (2023): Trump v. TikTok. In: *Vanderbilt Law Review*, 55, S. 1145-1175. <https://scholarship.law.vanderbilt.edu/vjtl/vol55/iss5/2> (2.2.2025).
- CONGER, KATE; ISAAC, MIKE (2021): Twitter Permanently Bans Trump, Capping Online Revolt. In: *New York Times*, 12.1.2021. <https://www.nytimes.com/2021/01/08/technology/twitter-trump-suspended.html> (1.2.2026).
- DACHWITZ, INGO; FANTA, ALEXANDER (2020): *Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt*. Otto-Brenner-Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/o2\\_Wissenschaftsportal/o3\\_Publikationen/AH103\\_Google.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AH103_Google.pdf) (12.1.2025).

- DANS, PAUL; GROVES, STEVEN (2023): Mandate for Leadership. The Conservative Promise. Project 2025. The Heritage Foundation. [https://static.project2025.org/2025\\_MandateForLeadership\\_FULL.pdf](https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf) (1.2.2026).
- DOWNIE, LEONARD; SUGARS, STEPHANIE (2020): The Trump Administration and the Media. Attacks on press credibility endanger us democracy and global press freedom. A special report of the Committee to Protect Journalists. <https://www.courthousenews.com/wp-content/uploads/2020/04/trump-media.pdf> (2.2.2025).
- DAMPZ, NILS (2025): Warum Digitalkonzerne vor Trump einknicken. In: *tagesschau*, 16.1.2025. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-techkonzerne-trump-100.html> (9.2.2025).
- DE RUITER, EMMA (2025): Heftige Kritik an Elon Musks Wahlaufufruf für die AfD in der »Welt am Sonntag«. In: *Euronews*, zuletzt aktualisiert am 30.12.2024. <https://de.euronews.com/my-europe/2024/12/29/elon-musk-welt> (9.2.2025).
- DSA (2025): *Very large online platforms and search engines*. European Commission, 22.1.2025. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/dsa-vlops> (6.2.2025).
- GODOY, JODY (2024): How Trump's new FTC chair views AI, Big Tech. In: *Reuters*, 12.12.2024. <https://www.reuters.com/technology/how-trumps-new-ftc-chair-views-ai-big-tech-2024-12-12/> (8.2.2025).
- GRASSMUCK, VOLKER (2020): *Öffentlich-Rechtliche Medien. Auskunft zu einigen häufig gestellten Fragen*. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/sites/default/files/2020-06/Endf%20o%CC%88ffentlich-Rechtliche-Medien.pdf> (12.1.2025).
- GÜRGEN, MALENE (2023): Rechtes Medienportal »Nius«. Grundprinzip verdrehte Fakten. In: *die tageszeitung*, 18.7.2023. <https://taz.de/Rechtes-Medienportal-Nius/!5945019/> (2.2.2025).
- GUTSCHI, ANDREA (2023): »Plötzlich und unerwartet.« Exxpress mit Falschinformationen zu Impftoten. In: *Kobuk*, 3.12.2024. <https://kobuk.at/2024/12/ploetzlich-und-unerwartet-exxpress-faellt-mit-falschinformationen-zu-impftoten-auf/> (2.2.2025).
- HARRINGTON, BOOKE (2024): The Broligarchs are trying to have their way. In: *The Atlantic*, 4.8.2024. <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2024/08/tech-bro-male-billionaire-anti-democratic/679267/> (2.2.2025).
- HERNANDES, RAPHAEL; ARATANI, LAUREN; CRAFT, WILL (2024): Revealed: The tech bosses who poured \$394.1m into us election – and how they compared to Elon Musk. In: *The Guardian*, 7.12.2024. <https://www.theguardian.com/us-news/2024/dec/07/campaign-spending-crypto-tech-influence> (2.2.2025).
- HONIG, BONNIE (2018): Trump's presidency is not so »unprecedented« after all. In: *ABC.net*, zuletzt aktualisiert am 14.9.2018. [https://www.abc.net.au/religion/american-politics-hasnt-changed-under-trump/10235820?utm\\_campaign=abc\\_religion&utm\\_content=link&utm\\_medium=content\\_shared&utm\\_source=abc\\_religion](https://www.abc.net.au/religion/american-politics-hasnt-changed-under-trump/10235820?utm_campaign=abc_religion&utm_content=link&utm_medium=content_shared&utm_source=abc_religion) (10.2.2025).

- HUYNH, ANJALI (2024): The Increasing Trumpification of TikTok. In: *New York Times*, 23.5.2024. <https://www.nytimes.com/2024/05/23/us/politics/trump-biden-tiktok.html> (8.2.2025).
- IBRAHIM, HAZEM; JANG, HYUN SEOK DANIEL; ALDAHOU, NOUAR; KAUFMAN, AARON R.; RAHWAN, TALAL; ZAKI, YASIR (2025): TikTok's recommendations skewed towards Republican content during the 2024 US presidential race. In: *arXiv preprint arXiv:2501.17831*. <https://arxiv.org/pdf/2501.17831> (7.2.2025).
- JONES, TOM (2024): How could Donald Trump actually go after the media? In: *Poynter*, 18.11.2024. <https://www.poynter.org/commentary/2024/donald-trump-freedom-press-attacks/> (2.2.2025).
- JOPSON, BARNEY; WATERS, RICHARD (2018): Trump escalates Amazon clash with US postal price review. In: *Financial Times*, 13.4.2018. <https://www.ft.com/content/4426e160-3ecb-11e8-b9f9-de94fa33a81e> (7.2.2025).
- KAHN, JEREMY (2019): Facebook endows AI ethics institute at German university TUM. In: *Bloomberg UK*, 20.1.2019. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-01-20/facebook-endows-ai-ethics-institute-at-german-university-tum> (29.1.2025).
- LOBBYCONTROL (2023): Lobbymacht der Digitalkonzerne in Brüssel nimmt weiter zu. In: *LobbyControl*, 11.9.2023. <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/lobbymacht-der-digitalkonzerne-in-bruessel-nimmt-weiter-zu-111254/> (2.2.2025).
- MAHESHWARI, SAPNA (2025): What We Know About the TikTok Ban. In: *New York Times*, 19.1.2025. <https://www.nytimes.com/article/what-we-know-tiktok.html> (9.2.2025).
- MEEKS, LINDSEY (2020): Defining the Enemy: How Donald Trump Frames the News Media. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 97(1), S. 211-234. <https://doi.org/10.1177/1077699019857676>
- MUENSTER, ROXANNA (2024): Project 2025. What a second Trump term could mean for media and technology policies. In: *Brookings Institute*, 22.7.2024. <https://www.brookings.edu/articles/project-2025-what-a-second-trump-term-could-mean-for-media-and-technology-policies/#project-2025s-complaints-about-big-tech-and-social-media-platforms-343> (2.2.2025).
- Musk verschafft AfD Millionenpublikum. In: *ZDF heute*, 12.1.2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-musk-parteitag-weidel-100.html> (2.2.2025).
- NAPOLI, PHILIP. M. (2021): The symbolic uses of platforms: The politics of platform governance in the United States. In: *Journal of Digital Media and Policy*, 12(2), S. 215–230. [https://doi.org/10.1386/jdmp\\_00060\\_1](https://doi.org/10.1386/jdmp_00060_1)
- PHILIPPIN, YANN; CANDEA, STEFAN (2024): The hidden links between a giant of investigative journalism and the US government. In: *Mediapart*, 2.12.2024.

- <https://www.mediapart.fr/en/journal/international/o21224/hidden-links-between-giant-investigative-journalism-and-us-government> (7.2.2025).
- ROBINS-EARLY, NICK (2024): How Elon Musk became Donald Trump's shadow vice-president. In: *The Guardian*, 9.11.2024. <https://www.theguardian.com/technology/2024/nov/09/elon-musk-trump-administration> (2.2.2025).
- RYAN-MOSLEY, TATE (2023): Meta: Mehr Daten von Facebook und Instagram für die Wissenschaft. In: *Heise online*, 27.11.2023. <https://www.heise.de/hintergrund/Meta-Mehr-Daten-von-Facebook-und-Instagram-fuer-die-Wissenschaft-9540027.html> (8.2.2025).
- SAMUELS, BRETT (2019): Trump ramps up rhetoric on media, calls press >the enemy of the people<. In: *The Hill*, 5.4.2019. <https://thehill.com/homenews/administration/437610-trump-calls-press-the-enemy-of-the-people/> (2.2.2025).
- SCHÜRZ, MARTIN (2019): Überreichtum. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.
- SCHULTZ, STEFAN (2024): Warum Populisten so leicht die Diskurse kapern. In: *Der Spiegel*, 9.12.2024. <https://www.spiegel.de/kultur/elon-musk-und-die-afd-warum-populisten-so-leicht-unsere-diskurse-kapern-a-a7c7fa02-76ce-4b23-803e-9d8eaeeficc8> (2.2.2025).
- SCHWARZ, FRANZISKA (2024): Trump-Vize Vance drohte Nato-Staaten wegen Musk-Plattform x. In: *Frankfurter Rundschau*, 10.11.2024. <https://www.fr.de/politik/musk-nato-trump-vance-militaer-unterstuetzung-eu-x-twitter-bussgeld-usa-regierung-zr-93403255.html> (2.2.2025).
- SEVIGNANI, SEBASTIAN; THEINE, HENDRIK; TRÖGER, MANDY (2025): Toward Media Environment Capture: A Theoretical Contribution on the Influence of Big Tech on News Media. In: *International Journal of Communication*, 19, S. 804-824.
- SOMMER, ROY (2021): Dolus Trump. Presidential Lies and the 2016 Masterclass on Truth-Bending. In: WEIXLER, ANTONIUS; CHIHAIA, MATEI; MARTÍNEZ, MATÍAS; RENNHAKE, KATHARINA; SCHEFFEL, MICHAEL, SOMMER, ROY (Hrsg.): *Postfaktisches Erzählen?: Post-Truth – Fake News – Narration*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 47-64. <https://doi.org/10.1515/9783110693065-004>
- STEIN, JEFF (2025): Musk aides gain access to sensitive Treasury Department payment system. In: *The Washington Post*, 1.2.2025. <https://www.washingtonpost.com/business/2025/02/01/elon-musk-treasury-payments-system/> (2.2.2025).
- SWERDLOW, MICHAEL (2025): NPR and PBS Face a Moment of Truth. In: *Columbia Journalism Review*, 3.2.2025. <https://www.cjr.org/analysis/npr-and-pbs-face-a-moment-of-truth.php> (9.2.2025).
- TRÖGER, MANDY (2024): Die unheilige Macht des Elon Musk: Wie aus X eine Plattform für Trump wurde. In: *Berliner Zeitung*, 20.8.2024. <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/die-unheilige-macht-des-elon-musk-wie-aus-x-eine-plattform-fuer-trump-wurde-li.2246021> (2.2.2025).

- TRÖGER, MANDY; VAN DER ECKER, MARLEN (2023): Where's the Critique? On the Dearth of Critical Theory in German Communication Research. In: *Media Theory*, 7/1, S. 257-276.
- Trump Administration Embraces Heritage Foundation Policy Recommendations. In: *Heritage Foundation*, 23.1.2018. <https://www.heritage.org/impact/trump-administration-embraces-heritage-foundation-policy-recommendations> (11.1.2025).
- USA drohen Österreich wegen Digitalsteuer mit Strafzöllen. In: *Der Standard*, 26.3.2021. <https://www.derstandard.at/story/2000125409117/usa-drohen-oesterreich-wegen-digitalsteuer-mit-strafzoellen> (7.2.2025).
- VINER, KATHARINE (2024): How the Guardian will stand up to four more years of Donald Trump. In: *The Guardian*, 6.11.2024. <https://www.theguardian.com/us-news/2024/nov/06/how-the-guardian-will-stand-up-to-four-more-years-of-donald-trump> (6.2.2025).